

## BRIEFE AN DIE REDAKTION

### Zum Thema „Gewerkschaftseinheit“

Die Ausführungen von Helmut Wickel zur „Sicherung der Gewerkschaftseinheit“ gehören zweifellos zu dem bedeutsamsten, was zu dieser Frage in der letzten Zeit gesagt wurde. Doch so bestechend manches klingt — hält es den tatsächlichen Gegebenheiten stand? Was Wickel als Kernpunkt des Problems behandelt, ist doch wohl die Auffassung, daß der Gewerkschaftseinheit eine gewerkschaftliche Einheitsprogrammatische entsprechen müsse, die unabhängig von alten Ideologien, mögen diese aus christlichem oder sozialdemokratischem Bereich kommen, zu entwickeln wäre. Er läßt aber erkennen, daß das neue gewerkschaftliche Credo — nach acht Jahren Einheitsgewerkschaft — noch nicht formuliert ist.

Kann denn ein Gewerkschaftsprogramm, das jedes Mitglied anerkennt, in einer politisch noch stark differenzierten Arbeitnehmerschaft verwirklicht werden? Ja. Aber nur dann, wenn die Gewerkschaft die heutige Wirtschaftsordnung als etwas Gegebenes hinnimmt und nur in der Funktion der alten Lohnkampfmaschine — nach dem einfachen Rezept „Höhere Preise - höhere Löhne“ — dem Arbeitnehmer den sozial- und leistungsgerechten Anteil an den Erträgen der Wirtschaft zu erringen sucht.

Seit seinem Bestehen verkündet jedoch der DGB seine Berufung zu einer Ganzheitsbehandlung des Gesellschaftskörpers und hat damit recht. Das aber führt, immer vom menschlich berechtigten Interessenstandpunkt des Arbeitnehmers gesehen, zu einer Beschäftigung grundsätzlicher Art mit allen Fragen der Wirtschaft, der Sozialpolitik und im Zusammenhang damit auch des staatsrechtlichen und kulturellen Bereichs.

In einem Staatswesen, in dem jede Lebensregung sich nach Gesetzen richten muß, neben denen die vielberedete Selbstverwaltung aus freier Partnerschaft der Unternehmer und Gewerkschaften nicht aufkommen kann, treten die Parteien als die politischen Willensträger, aus denen die Parlamente hervorgehen, zu den Gewerkschaften unweigerlich in eine Beziehung. Der gewerkschaftliche Einfluß auf die Gesetzgebung ist für die Interessen der Mitglieder mindestens so entscheidend wie die unmittelbare Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern in den Tarifverhandlungen. Auf der Erkenntnis, daß wesentliche gewerkschaftliche Ziele nur mit Hilfe von Parteien zu erreichen sind, ist der aktive Gewerkschafter auch stets aktives Parteimitglied. In der Wirklichkeit der Bundesrepublik sind es die SPD und die CDU, die hier in Betracht kommen.

Die Gleichzeitigkeit von Partei- und Gewerkschaftsmitgliedschaft bedingt, daß die in der Partei gewonnenen Ansichten über maßgebliche wirtschafts- und sozialpolitische Probleme in der Gewerkschaft in Erscheinung treten. Die Bildung einer einigermaßen einheitlichen Meinung in den Gewerkschaften hängt davon ab, wieweit die Ansichten über den Kurs der Wirtschaftspolitik, einen Sozialplan, die Montanunion usw. in den genannten Parteien sich zu nähern vermögen.

Es kommt dabei auf die Möglichkeit einer offenen kollegialen Aussprache in den Gewerkschaften an. Ein solches unter dem gemeinsamen Leitgedanken des Dienstes am Wohl der Arbeitnehmer stehendes Ringen um Lösungen oder Kompromisse, die für alle weitgehend annehmbar sind, könnte auch zu einer stärkeren Annäherung der Parteien führen. Eine solche Mittlerrolle würde ein Verdienst der Gewerkschaften sein.

Doch gehe man nicht von dem Irrglauben aus, ein und dieselben Menschen würden ein im luftleeren Raum entwickeltes Gewerkschaftsprogramm und gleichzeitig ein davon abweichendes Parteiprogramm vertreten können. Eine solche Vorstellung ist beinahe unmoralisch.

In der Presse des DGB, auch den gewerkschaftlichen Monatsheften, nahm die Diskussion über die Gründe der nicht erfüllten Wahlhoffnungen der SPD einen sehr breiten Raum ein. Wie aber die CDU ihren Wahlsieg, der manches CDU-Mitglied erschreckte, verkraftet wird, schien niemand zu interessieren. Die Stimmziffern dieser Partei beweisen, daß Millionen von Arbeitnehmern der CDU ihr Vertrauen geschenkt haben. Daß der CDU an der Sicherung ihres Sieges liegen muß, ist selbstverständlich. Man sollte es doch verstehen, wenn eine so große Partei ihr Augenmerk darauf richtet, welche Geltung ihre Anhänger aus der Arbeitnehmerschaft in der größten Organisation der Arbeitnehmer, dem DGB haben, nachdem man die Geltung der zur SPD zählenden mehr als gesichert sieht. Wenn nach Wickels Meinung überalterte Ideologien in der SPD einen weitgehenden Abbau erfahren haben, sollte die Annäherung der noch divergierenden Ansichten der SPD- wie CDU-Mitglieder im DGB nicht so schwer sein, aber die letzteren müssen stärker spüren, daß man sie überhaupt wertet.

Endet das jetzige Ringen um die Einheit nicht befriedigend, sind auch ohne Bildung einer neuen Richtungsgewerkschaft die lachenden Dritten die jetzt schon abgesplitterten neuen Organisationen, die man trotz nicht unbeachtlicher Stärke bei den ganzen Auseinandersetzungen sonderbarerweise nicht zu sehen scheint.

Adolf Leweke

DGB-Beamtensekretariat Bad Godesberg

## Sozialdemokratie und Mittelschichten

*Ich freue mich über die Munterkeit der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“. Da ist ja wirklich eine Diskussion in Gang gekommen, schon neulich einmal und nun wieder. Die Monatshefte werden damit eine öffentliche Tribüne von beachtlichem Rang. Mitunter zuckt es mir natürlich in der Feder, wenn sie dem braven toten Marx noch d.en Bart beschneiden wollen. Als ob es auf die Frisur ankäme! Man ist so eifrig bei der Selbstreinigung, daß es mir manchmal schwer wird, die mittelalterlichen Geißler, die auf dem eigenen Rücken die Pest wegprügeln wollten, von den kommunistischen Bekenntnissüchtigen zu unterscheiden, die sich selbst als schuldig erklären, ehe sie hingerichtet werden. Die Kritik muß an anderen Stellen einsetzen. Außerdem sind die Erfolge der Gegner doch auch nicht ganz unschuldig an deren Sieg, und diese Erfolge haben auch ihre Ursachen. Nun, die Monatshefte geben mit ihren Beiträgen viele Aspekte und sie sind anregend. Mit Bedacht und Überlegung weiter so!*  
Dr. h. c. Kurt Heinig, Stockholm

*Zu den Abhandlungen von Rudolf A. Paß und Walter Theimer über das Thema „Sozialdemokratie und Mittelschichten“ möchte auch ich mich äußern. Der „Einbruch ins Bürgertum“ ist keine These des Jahres 1953 gewesen, sondern ein Schlagwort schon der Jahre vor 1950, das allerdings nur in lokalem oder regionalem Rahmen Bedeutung hatte. Bis heute ist man bei einem allgemeinen Theoretisieren verblieben, ohne die Anziehungspunkte für eine Bindung der Mittelschichten an die Sozialdemokratie zu finden oder wenigstens die bestehenden Vorurteile aufzulockern. Richtig ist, daß das Aktionsprogramm des Dortmunder Parteitages sich in positiver Form an alle Mittelschichten wendet; dies konnte aber ja nur im Gesamtrahmen der sozialdemokratischen Politik geschehen. Offenbar ist der Erfolg ausgeblieben, wenn auch das Ergebnis der letzten Bundestagswahlen noch durch die Wirkung anderer Faktoren für die SPD negativ ausfiel. Daran kann niemand vorbeigehen, und es gilt schon jetzt, für die nächste Wahl bessere Voraussetzungen zu schaffen.*

*Die Vergangenheit dürfte bewiesen haben, daß die SPD, allein auf die Stimmen der Erwerbspersonen gestützt, in Deutschland nicht mit einer Mehrheit rechnen kann. Jede Diskussion darüber erscheint heute jedoch überflüssig, weil sich die SPD eben an alle Menschen wenden will, die bereit sind, sich für ihre Ziele einzusetzen. Nur ein Verblender kann heute noch behaupten, das politische Programm der Sozialdemokratie sei ein proletarisch-marxistisches. Der freiheitliche Sozialismus, gleichgültig in welchem Land, ist eine*

*umfassende Forderung der Zukunft an die kapitalistische Gesellschaftsordnung.*

*Wenn man sich grundsätzlich darüber einig ist, daß die Angehörigen der Mittelschichten ihre politische Heimat bei der Sozialdemokratie finden können, dann gilt es, diese Erkenntnis unter Mithilfe der schon aktivierten Angehörigen der Mittelschichten ohne Zögern in politische Praktiken umzusetzen. Ob dabei programmatische Erklärungen und Flugschriften oder die Gründung entsprechender Verbände und Vereinigungen zum Zweck der organisatorischen Erfassung der Menschen allein die geeigneten Mittel sind, einen effektiven Fortschritt zu erzielen, erscheint sehr fraglich. — Mir scheint, daß die letzte Frage von entscheidender Bedeutung ist.*

*Es ist in der politischen Praxis der modernen Gesellschaft nichts Neues mehr, daß Sachlichkeit, Klarheit und Betonung des Willens nicht mehr so zu überzeugen vermögen wie die Vernunft es erwarten ließe, oder anders gesagt, der gefühlsbetonte, oft ans Unterbewußtsein gerichtete Ruf findet leichter Gehör als die sachlich-rationalen Mahnung zur Wirklichkeit. Ob es zweckmäßig ist, für bestimmte Schichten neue Organisationen zu schaffen, möchte ich bezweifeln. Wahrscheinlich wird die politische Homogenität einer Partei dadurch nicht gefördert. Gewiß, man muß die politische Einsicht in irgendeiner Form auf einen gesellschaftlichen Nenner bringen. Die richtige Form jedoch zu finden, ist keine rein politische Aufgabe, sondern mit einer wesentlichen psychologischen.*

*Die Angehörigen der Mittelschichten, mindestens soweit sie auf den alten Mittelstand zurückgehen, sind vielfach Opfer der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung und haben ein neues Bewußtsein ihrer Existenz im sozialen Raum noch nicht gefunden. Sie leben in einer politischen Leere, die weder nach rechts noch nach links einen Ausgang zeigt. Aus diesem Dilemma muß ein Weg gefunden werden. Er kann nicht mehr zu einem neuen Mittelstand vergangener Zeiten führen. Die Entwicklung der Klassen in unserer Gesellschaft weist die Mittelschichten eindeutig in die Richtung der Sozialdemokratie. Auch die Ziele und das Wirken der Sozialdemokratie sind dieser Entwicklung entsprechend nicht mehr auf proletarisch begrenzte Interessen im Sinne des kommunistischen Manifestes gebaut, sondern auf einer großen, humanitären Forderung.*

*Es kann aber nicht damit getan sein, der Überlieferung dort abzuschwören, wo neue Erkenntnis dazu zwingt. Man muß auch nicht irgendeiner Schicht damit entgegenkommen wollen. Die Erneuerung oder Berichtigung politischer und wirtschaftlicher Thesen muß intuitiv aus der Forderung einer neuen Situation erkannt und präzisiert werden. Das Ziel muß sein, den Menschen ein wirklichkeits-*

getreues Bewußtsein dieser neuen Situation aus der ungeschminkten Diagnose unserer Zeit zu vermitteln. Die Frage nach der Methode ist offen; sie muß aber gefunden werden. Dann wird aus einem neuen Bewußtsein auch das Ethos der sozialen Gerechtigkeit neu erstehen. Walter Braun, Schwenningen a. N.

Walter Theimer und Rudolf A. Paß versuchen zu klären, warum es der SPD, deren Mitglieder sie beide sind, nicht gelingen soll, in den Mittelstand „einzubrechen“. Sie interpretieren Karl Marx dabei auf „ihre Art“. Es hätte aber ihre erste Aufgabe sein sollen, eine gute Definition für das Wort „Mittelstand“ („Mittelschicht“) zu suchen. Ich sehe den großen Wert der Auseinandersetzung darin, daß die Diskussion, die nach dem 6. September in der deutschen Sozialdemokratie entbrannte, wieder in Fluß geraten ist.

Zu dem Aufsatz von Paß ist einiges zu sagen. Er schreibt: „Die ‚Soziale Marktwirtschaft‘ der Herren Erhard et consortes tut alles andere, als den Mittelschichten zu helfen, und trotzdem haben diese Mittelschichten diese Herren gewählt, weil sie einmal auch Herrn Hitler und seinesgleichen gewählt haben.“ Demagogischer geht es wohl nicht! Warum bemüht sich die SPD denn überhaupt um die Mittelschichten, wenn sie doch nur fähig sind, „ihre Verderber..“ zu wählen? Wo bleibt da die Logik!

Eines vergißt der wirtschaftspolitische Referent der SPD ganz: Daß die Sozialdemokratie mit ihrer „Marktwirtschaft von links“ der „Sozialen Marktwirtschaft“ Prof. Erhards immer näherkommt. — Leider versäumt es Walter Theimer, aus dessen Ausführungen Objektivität und Klarheit sprechen, auf diesen Punkt näher einzugehen.

Die Sozialdemokratie hat zu spät erkannt, welche Schwierigkeiten sie zu überwinden hat, wenn es ihr gelingen soll, den „Turm der 30 vH“ zu überspringen. Hilferding hat zwar im Jahre 1925 auf dem Heidelberger SPD-Parteitag von der Notwendigkeit gesprochen, die Mittelschichten für die Sozialdemokratie zu gewinnen, im Heidelberger Programm selbst finden wir diese Forderung aber nicht vor. Die „Konzeption“ von Paß ist falsch, weil er nicht zu überzeugen ist, daß der bei Marx „aussterbende Mittelstand“ bis heute noch nicht ausgestorben ist. Da stimme ich mit Walter Theimer völlig überein. Man kann Karl Marx interpretieren wie man will, die Entwicklung des Mittelstandes hat er nicht richtig gesehen und erkannt. Das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zu den Mittelschichten wäre heute bestimmt ein anderes, wenn Marx dem Mittelstand andere Funktionen und Aufgaben zugewiesen hätte.

Wenn man die Stellungnahme der früheren deutschen Sozialdemokraten eingehend unter-

sucht hat, so kommt man zu dem eindeutigen Schluß, daß August Enderies umfassende Wahlanalyse (Heft 11/1953) aus dem Rahmen fällt. Ich kann diesen Aufsatz nur jedem politisch interessierten Menschen in der Bundesrepublik empfehlen. Offenheit, Klarheit und Sachlichkeit sind die hervorstechendsten Merkmale seiner Ausführungen.

Enderle führt bei seiner statistischen Übersicht nur die erwerbstätigen Personen an. Das ist nicht richtig, da die Wahlen in der Bundesrepublik nach anderen Bestimmungen abgehalten werden. Wir müssen Walter Theimer schon recht geben, wenn er erwidert, daß die SPD bei Erringung sämtlicher Arbeiterstimmen nicht in der Lage ist, allein die Mehrheit zu erlangen. Ich sehe auch keinen Grund zu verschweigen, daß der Anteil der Arbeiter an der Bevölkerung zurückgeht. Gerade die Sozialdemokratie hat Veranlassung, diesen Entwicklungsprozeß genau zu verfolgen.

Jens Hacker, Kiel

Herr Theimer betont in seinem Aufsatz im Dezemberheft 1953, daß in anderen Parteien „die herrschende Funktionärsschicht nicht in einem Angestelltenverhältnis zur Partei steht“. Das mag sein, obwohl man Funktionäre auch anders als im Angestelltenverhältnis zur eigenen Partei dotieren kann. Herr Theimer wies auf die Arbeiten von Robert Michels in einer Weise hin, als ob der übrigens recht syndikalistisch denkende Michels vor nunmehr mehreren Jahrzehnten das letzte Wort zur Sache geschrieben habe. Herrn Theimer hatte ich bisher zugetraut, vom Kampf gegen das Zensuswahlrecht und für die Entschädigung von Parlamentsmitgliedern zu wissen, dessen Erfolg erst ermöglichte, daß nichtbesitzende Klassen mit eigenen Parteien und mit Leuten aus den eigenen Reihen im Parlament vertreten werden konnten. Und ohne eigene Partei- und Gewerkschaftsapparate wären die Arbeiter nie aus der Bevormundung der Liberalen gekommen; auch wäre es Herrn Theimer ohne solche Apparate nicht möglich geworden, in gewerkschaftlichen Presseorganen gegen sie zu schreiben. Die selbstverständlichen Mängel solcher historisch gewordenen Dinge sollten aber nicht dazu führen, in der Diskussion vom Objektiven in das rein Subjektive auszuweichen.

Rudolf A. Paß, Bonn

In dem Artikel „Marxismus — Absage oder Anpassung?“ von Walter Theimer im Dezemberheft 1953, finde ich zu meinem Erstaunen einen Nebensatz, dessen Abdruck ich sehr bedaure, zumal er nach meinem Dafürhalten nicht nur unsachlich ist, sondern auch einer Zeitschrift von Niveau, wie es die Gewerkschaftlichen Monatshefte sein wollen, und den heutigen Zeitverhältnissen nicht entspricht. Es

handelt sich darum, daß Walter Theimer in dem oben genannten Artikel sagt: „Wir müssen uns damit abfinden, daß Hausfrauen und alte Tanten zur Wahlurne gehen — wir haben ja Jahrzehntlang dafür gekämpft.“ Glaubt der Verfasser, daß alle Männer, vor allem alte Onkel, die es ja auch gibt, sich bei einer Wahl „richtig verhalten“?

Thea Harmuth  
DGB-Bundesvorstand  
Hauptabteilung Frauen

## Beamte und Arbeiter im Bundestag

In der Dezembernummer 1953 ist ein Artikel von Herrn Eisermann „Parteien und Verbände im neuen Bundestag“ veröffentlicht. Ich gestatte mir, einige Angaben in diesem Artikel richtigzustellen.

Auf Seite 753 wird festgestellt, daß der Deutsche Beamtenbund im alten Bundestag 100 Vertreter gehabt hätte und daß diese Zahl im neuen Bundestag nahezu verdoppelt worden sei. Das Verzeichnis der Bundestagsmitglieder gibt Ihnen die Möglichkeit, zu prüfen, daß dem Bundestag eine wesentlich geringere Zahl von Beamten angehört. Hinzu kommt, daß ein großer Teil der Beamten anderen Organisationen angehört, insbesondere auch Organisationen, die zum DGB gehören.

Auf Seite 754 wird festgestellt, nur die SPD hätte es für notwendig erachtet, die Gruppe der Hausfrauen im Bundestag vertreten zu lassen. Die einzigen fünf Hausfrauen im Bundestag gehörten der SPD-Fraktion an. Hierzu bemerke ich, daß z. B. die CDU mit 19 Frauen im Bundestag vertreten ist, davon sind zehn Hausfrauen. Weiterhin wird auf der gleichen Seite festgestellt, daß die einzigen zwölf Arbeiterabgeordneten, die noch als solche tätig seien, der Fraktion der SPD angehörten. Auch diese Feststellung entspricht nicht den Tatsachen. Der CDU-Fraktion gehören 15 Abgeordnete an, die noch als Arbeiter oder Angestellte berufstätig sind.

Ergänzend darf ich bemerken, daß außerdem der CDU-Fraktion elf Gewerkschaftsangestellte und sechs Arbeitersekretäre angehören.

Anton Sabel, MdB

Im Dezemberheft 1953 befindet sich eine Abhandlung von Gottfried Eisermann mit der Überschrift „Parteien und Verbände im neuen Bundestag.“ Auf Seite 753 heißt es im 2. Absatz: „Als einen der größten Sieger im Wettkampf der Verbände um einen möglichst großen Anteil an der politischen Entscheidungsgewalt darf man gewiß auch den Deutschen Beamtenbund (DBB) bezeichnen.“ Es wird hier dann noch gesagt, daß er die Anzahl von rund 100 seiner Mitglieder im alten Bundestag im neuen nahezu verdoppeln konnte. Diese Angaben sind unrichtig. Tatsache ist auf jeden

Fall, daß der Beamtenbund im alten Bundestag keine 100 Mitglieder gehabt hat. Die Zahl der Beamten lag weit unter 100, wobei noch insbesondere darauf hingewiesen werden muß, daß noch lange nicht alle Beamten auch gleichzeitig dem Beamtenbund angehört haben. Im neuen Bundestag hat sich das Bild in dieser Hinsicht kaum wesentlich geändert.

Karl Gröbning  
Gewerkschaft ÖTV, Hauptvorstand

## TUC und Eisen- und Stahl-Board

Im Dezemberheft hat Dr. Brügel jene Bemerkung in meinem Bericht über den Kongreß des TUC in Douglas beanstandet (Heft 11/1953), in dem davon die Rede ist, daß die englischen Gewerkschaften in dem von der Regierung eingerichteten Eisen- und Stahl-Board (ISB) vertreten sind, der die wieder privatisierte Eisen- und Stahlwirtschaft unter öffentlicher Kontrolle hält. Brügel meint, die Gewerkschaften seien dort nicht vertreten, und die in eine solche Körperschaft berufenen Gewerkschaftsfunktionäre — wie Lincoln Evans — vertreten dort weder ihre Verbände noch den TUC.

Das ist formal richtig, aber sinngemäß falsch. Wem das paradox erscheint, weil es für kontinentales, präzise logisches Denken unvereinbar ist, der möge hierin auch wieder ein Beispiel für jene typische englische Unlogik erkennen, die — wie Attlee kürzlich feststellte — sooft den demokratischen Einrichtungen dieses Landes über scheinbar unüberbrückbare Schwierigkeiten hinweggeholfen hat.

Es ist richtig, daß die in einen solchen „Board“ berufenen Gewerkschafter von ihren Gewerkschaftsfunktionen zurücktreten. Sie können in ihrem neuen Amt nur diesem verantwortlich sein. Das liegt auch im Interesse der Gewerkschaften, die für keinerlei Entscheidungen dieser „Boards“ verantwortlich erscheinen dürfen. Kein Mensch in der englischen Arbeiterbewegung, in den Wirtschaftsorganisationen oder Behörden, würde in diesen Männern aber nicht die Vertreter der Gewerkschaften sehen! Die ganze Diskussion in Douglas ging — pro und kontra — immer von dieser Selbstverständlichkeit aus. Als Lincoln Evans sich dort gegen den Vorwurf der Übernahme dieses Amtes verteidigte, unterstrich er ausdrücklich diesen Tatbestand. Der Generalsekretär des TUC sagte zu der Frage der gewerkschaftlichen Beteiligung im Spitzengremium des ISB wörtlich: „Im Verlauf der Beratungen des Generalrats des TUC tauchte niemals der Eindruck auf, daß irgendein Mitglied des Generalrats oder der Labour Party der Meinung sein könnte, diese neue Eisen- und Stahlbehörde ließe eine Ausnahme von unserer Auffassung zu, daß es viel besser sei, unseren Einfluß bei der Kontrolle solcher Einrichtungen

auszuüben und dementsprechend auch die Konsequenzen zu übernehmen, als draußen zu bleiben.“

An anderer Stelle des Berichtes heißt es, daß auch die Mitglieder eines zur Beratung hinzugezogenen Komitees der Labour Party wußten, „daß der Status der neuen Behörde die Ernennung von Vertretern der Gewerkschaften für diese Körperschaft (ISB) vorsieht“. Weiter wird darauf hingewiesen, daß es die Wirtschaftskommission des Generalrats den zuständigen (Einzel-)Gewerkschaften überlassen wollte, durch direkte Vertretung im ISB dafür zu sorgen, daß ihre Interessen gewahrt werden.

Auch im Negativen bestätigt sich das Faktum, daß die Gewerkschaften durch ihre früheren Funktionäre dort vertreten sind. Da der TUC gegen die Reprivatisierung ist, bestand er darauf, daß der ISB nichts mit dem Ausverkauf der nationalisierten Betriebe zu tun haben dürfe. Dafür wurde eine besondere Organisation geschaffen, in der die Gewerkschaften nicht vertreten sind — also auch keine gewerkschaftlichen Einzelpersonen, worauf in jenem Bericht des Generalrats ausdrücklich hingewiesen wird.

So löst sich dieser scheinbare Widerspruch: Die Gewerkschaften sind im ISB vertreten durch bewährte Funktionäre, die ihre alten Funktionen aus eben diesem Grunde niederlegen. Sie handeln also nicht mehr unter Verantwortung ihrer Gewerkschaften, aber als deren Vertrauensmänner. Hier nun liegt die große Schwierigkeit, auf die Brügel früher einmal hingewiesen hat: Eine solche Selbständigkeit und Loslösung von jeder organisatorischen Bindung an die Gewerkschaften, deren Vertreter sie sind — das erfordert natürlich, daß nur sehr erfahrene, bewährte, vom gewerkschaftlichen Geist durchdrungene Männer für derartige Positionen freigestellt werden. Daher rührt die Besorgnis in Gewerkschaftskreisen, daß ihre besten Männer aus der Gewerkschaftsarbeit ausscheiden müssen, wie Brügel hier im Juniheft 1953 am Beispiel Jim Bowmans gezeigt hat.

Bernhard Reichenbach, London

## Die amerikanischen Tarifverträge

Obwohl ich erst seit kurzer Zeit die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ regelmäßig lese, bin ich doch von dieser Zeitschrift sehr beeindruckt. Auch ist sie fast die einzige, die sich mit den Problemen der Arbeit und den vielfältigen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Betätigungen des deutschen Gewerkschaftswesens beschäftigt. Es ist besonders zu begrüßen, daß die Redaktion von Zeit zu Zeit unter dem Titel „Wie's die andern machen“ auf die Erfahrungen und Probleme im Ausland hinweist. Da ich seit einigen Jahren an der Cornell-Universität über „Comparative Labor Relations“ lese, ist dieser Teil für mich natürlich

von größtem Interesse. Leider sind in dem kurzen Abriss über „Die amerikanischen Tarifverträge“, der im September 1953 erschien, eine Anzahl von Fehlern hereingekommen, deren Berichtigung wenigstens zum Teil mir als notwendig erscheint, um nicht allzu falsche Vorstellungen über die USA aufkommen zu lassen.

Auf Seite 567 heißt es: „Diese große Zahl von Tarifverträgen zeigt die immense Bedeutung kollektiver Abmachungen. Erklären läßt sich deren Umfang aber auch daraus, daß man in den USA keine industrieweiten Tarifverträge kennt, sondern nur Verträge für einzelne Firmen.“ — Der Autor erkennt zwei Paragraphen weiter, daß „industrieweite Tarifverträge entwickelt worden“ sind. Es stimmt natürlich, daß solche Verträge, im Vergleich zu andern Ländern, nicht so zahlreich oder so bedeutend sind, aber sie bestehen doch in den verschiedensten Industrien und Industriezweigen und nehmen stets an Bedeutung zu.

„Das Beschwerdeverfahren, das im Taft-Hartley-Gesetz von 1947 vorgeschrieben ist, geht in der Regel durch vier Instanzen.“ — Hierzu ist zu sagen, daß das Taft-Hartley-Gesetz keinerlei Beschwerdeverfahren vorschreibt. § 9 (a) bezieht sich nur auf das Recht des einzelnen, seine Beschwerde selbst vorzubringen, vorausgesetzt, daß die Gewerkschaft dabei gegenwärtig ist.

Auf Seite 568 steht: „Die gesetzliche Regelung der Sozialversicherung geht in Amerika auf die New-Deal-Epoche Roosevelts zurück und besteht aus einer bundeseinheitlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung, einer staatlich verwalteten Arbeitslosenversicherung und der Errichtung einer Unfallkasse für Hafentarbeiter.“ — Die Arbeitslosenversicherung ist teils staatlich, teils vom Bund verwaltet. Sie und die Altersversorgung gehen in der Tat auf den New Deal (1935) zurück. Die Unfallkassen, die ausschließlich von den einzelnen Staaten verwaltet werden, erstrecken sich nicht nur auf die Hafentarbeiter. Sie sind auch die älteste Art der amerikanischen Sozialversicherung.

„Die Leistungen aus der staatlichen Sozialversicherung sind aber derart gering (25 bis 80 Dollar je Monat an Renten) und erfassen nur alle im »zwischenstaatlichen Handel« Beschäftigten, so daß ...“ — Falls sich dieser Abschnitt auf die Altersversicherung bezieht, stimmt es nicht, daß die Maximalgrenze der Renten 80 Dollar beträgt. Für einen einzelnen ist sie 85 Dollar, für Mann und Frau 127,50 Dollar und für eine Familie 168,50 Dollar. Auch stimmt es nicht, daß nur solche Erwerbstätigen, die im »zwischenstaatlichen Handel« beschäftigt sind, von diesem Gesetz erfaßt werden. Im Gegenteil, dieser Begriff trifft auf dieses Gesetz überhaupt nicht zu.

John P. Windmüller  
Assistant Professor, New York